

Das außenpolitische US-Magazin Foreign Policy kritisiert die harsche Kritik der Trump-Regierung am Iran als "hysterische Stimmungsmache gegen eine nicht existierende Bedrohung".

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 017/18 – 07.02.18

Die Hysterie der Gegner der Islamischen Republik Iran

**Die Strategie der Trump-Regierung für den Mittleren Osten
geht von einer Bedrohung aus, die überhaupt nicht existiert**

Von Stephen M. Walt
Foreign Policy, 16.01.18

(<https://foreignpolicy.com/2018/01/16/the-islamic-republic-of-hysteria-iran-middle-east-trump/>)

Falls die Trump-Regierung überhaupt eine Strategie für den Mittleren Osten hat, scheint sie nur aus der Zurückdrängung des Irans zu bestehen. Außenminister Rex Tillerson, Verteidigungsminister James Mattis, Nikki Haley, die Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen, und Präsident Donald Trump haben vor den regionalen Aktivitäten des Irans gewarnt. Als der Iran im Februar 2017 ballistische Raketen getestet hat, twitterte Trump, das Land "spiele mit dem Feuer". Im Oktober hat das Weiße Haus verkündet, Ziel der offiziellen US-Politik sei die "Neutralisierung des destabilisierenden Einflusses des Irans und die Eindämmung seiner Aggression".

Trump und seine Mitarbeiter scheinen zu glauben, der Iran wolle die Vorherrschaft im Mittleren Osten erringen und vor allem den ölfreieen Persischen Golf kontrollieren. Das erklärt auch, warum Trump so unerschütterlich Saudi-Arabien und – indirekt oder direkt – die politischen Ambitionen des Kronprinzen Mohammed bin Salman (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Mohammed_bin_Salman) unterstützt – dessen Machtanspruch im eigenen Land und seine beabsichtigte Einmischung in die Innenpolitik des Libanons. Das erklärt, außerdem, warum sich Trump im Oktober geweigert hat, den mit dem Iran ausgehandelten Atomdeal zu akzeptieren.

Dieser starke Druck auf den Iran macht aber wenig Sinn, weil er überhaupt nicht nach regionaler Vorherrschaft strebt. Die Warnungen der Experten und Politiker vor dem Iran entspringen deren Fantasie, und sagen mehr über die falsche US-Strategie als über die angeblich vom Iran ausgehende Bedrohung aus.

Der Iran verfügt nämlich überhaupt nicht über die Macht, die er bräuchte, wenn er die riesigen, miteinander zerstrittenen Staaten des Mittleren Ostens beherrschen wollte. Nach Angaben des International Institute for Strategic Studies (s. https://de.wikipedia.org/wiki/International_Institute_for_Strategic_Studies) hat der Iran eine Bevölkerung von rund 83 Millionen Menschen; sein Bruttoinlandsprodukt / BIP betrug 2016 wenig mehr als 400 Milliarden Dollar und sein jährliches Verteidigungsbudget beläuft sich auf knapp 16 Milliarden Dollar. Seine Streitkräfte bestehen – einschließlich des Islamic Revolutionary Guard Corps / IRGC (der Islamischen Revolutionsgarde, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Iranische_Revolutionsgarde) – aus rund 520.000 Soldaten; darunter befinden sich auch viele schlecht ausgebildete Wehrpflichtige. Die meisten Panzer, Flugzeuge und anderen Waffensysteme des Irans stammen noch aus der Zeit des Schahs Mohammed Reza Pahlavi (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Mohammad_Reza_Pahlavi) und sind in schlechten Zustand. Der ehemalige Verteidigungsexperte Anthony Cordesman hat bereits 2010 festgestellt:

"Die konventionellen Streitkräfte des iranischen Militärs sind nur mit veralteten Waffen minderer Qualität ausgerüstet. ... Auch bezüglich ihres Ausbildungsstandes sind sie kaum zu Einsätzen fähig, die über den Persischen Golf hinausreichen."

Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Israel haben hingegen eine Gesamtbevölkerung von mehr als 100 Millionen Menschen und ihr gemeinsames BIP beläuft sich auf 1 Billion Dollar, ist also 2½ mal so groß wie das des Irans. Ihre Verteidigungsausgaben sind sogar insgesamt mindestens fünfmal höher als die des Irans. Außerdem besitzen einige dieser Staaten die modernsten Waffen, die derzeit für Geld zu haben sind – darunter Abrams-Kampfpanzer und F-15-Kampffjets – und Israel verfügt sogar über Atomwaffen. Falls es jemals zu einem äußerst unwahrscheinlichen Angriff des Irans auf einen dieser Staaten käme, könnten diese außerdem auf die Unterstützung der mächtigen USA zählen. In Anbetracht dieser Kräfteverhältnisse entbehrt die Annahme, der Iran strebe nach regionaler Vorherrschaft, jeder Vernunft.

Wenn man die Feinde des Irans mit diesen Fakten konfrontiert, werfen sie dessen Regierung vor, die Herrschaft über die Region durch die Förderung von Stellvertreterorganisationen in anderen Staaten ergreifen zu wollen. Es steht außer Frage, dass der Iran in den letzten Jahren tatsächlich mehrere ausländische Gruppierungen unterstützt hat – darunter die libanesische Hisbollah, die Streitkräfte des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, verschiedene (schiitische) Milizen im Irak und in geringerem Ausmaß auch die Huthi im Jemen (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Huthi>). Dadurch hat sich der Einfluss des Irans aber nur geringfügig erhöht, und zwar vor allem, weil er von den Fehlern seiner Gegner profitieren konnte – zum Beispiel von der Fehlentscheidung George W. Bushs, Saddam Hussein zu stürzen. Diese Fehler haben dem Iran aber keine regionale Dominanz verschafft.

Erstens übt der Iran über diese Gruppierungen nicht mehr Kontrolle aus, als die USA über ihre eigenen Verbündeten im Mittleren Osten. Außerdem haben alle vom Iran unterstützten Organisationen eigene Interessen und folgen Teheran keinesfalls blind, wenn sie dadurch ihre eigenen Absichten gefährden würden. Dass Henry Kissinger (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Henry_Kissinger) und Max Boot (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Max_Boot) die Kollaboration des Irans mit ausländischen Organisationen als Vorstufe für ein neues Persisches Imperium ansehen, ist deshalb nur lächerlich.

Zweitens haben die Partner des Irans in den letzten Jahren schwere Rückschläge hinnehmen müssen, die den Iran dazu zwangen, ihnen zusätzliche Hilfe zu gewähren. Mit Unterstützung der Iranischen Revolutionsgarde konnte Assad zwar an der Macht bleiben, aber Syrien ist jetzt so stark zerstört, dass es dem Iran bei der Ausweitung seiner Macht kaum noch von Nutzen sein könnte. Teheran ist durch die Hilfe für seine Verbündeten nicht gestärkt, sondern (vor allem finanziell) geschwächt worden, während sich Israel und die Golfstaaten dadurch sogar näherkamen und ihre Überlegenheit ausbauen konnten.

Panikmacher, die dem Iran ein Streben nach Vorherrschaft unterstellen, ignorieren auch noch andere bedeutende Hindernisse, mit denen sich dieses Land bei dem Versuch, die Vorherrschaft zu erringen, konfrontiert sähe. Die Bevölkerung des Irans ist überwiegend schiitisch, die große Mehrheit der Muslime ist aber sunnitisch, und die Sunniten kontrollieren die anderen wichtigen Staaten in der Region (s. dazu auch https://www.christenundmuslime.de/faq/Was_unterscheidet_Sunniten_von_Schiiten.php). Zusätzliche Auseinandersetzungen (des Irans) mit von Sunniten beherrschten Staaten würden die Spannungen zwischen den zwei Hauptzweigen des Islams noch vertiefen; für Teheran wäre es dann noch schwerer, seinen Einfluss auf seine Nachbarn auszuweiten. Außerdem leben im Iran vor allem Perser (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Perser_\(Volk\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Perser_(Volk))), und kein arabisches Land würde eine Vorherrschaft der Perser akzeptieren.

Die Falken, die den Iran eindämmen wollen, darunter auch Generäle aus dem inneren Kreis Trumps, erinnern sich noch sehr gut daran, dass die Aufständischen im Irak, denen viele US-Soldaten zum Opfer fielen, von den Iranern unterstützt wurden. Ihre Wut ist zwar verständlich, das Verhalten des Irans aber auch. Nicht nur in den vergangenen 20 Jahren, sondern sogar schon länger hat Washington den Iran mit harten Wirtschaftssanktionen belegt, mit Cyberwaffen angegriffen und außerdem Regimegegner finanziell unterstützt. Als die USA 2003 Saddam Hussein stürzten, machten Neokonservative in und außerhalb der Bush-Regierung keinen Hehl daraus, dass nun die iranischen Ayatollahs auf ihrer Abschussliste stünden. Unter diesen Umständen musste der Iran mit allen Mitteln versuchen, dieses Ziel der US-Regierung zu vereiteln. Hat wirklich jemand geglaubt, die iranische Führung werde tatenlos herumsitzen und darauf warten, vom mächtigsten Staat der Welt gestürzt zu werden?

Glücklicherweise ist bis heute kein Staat im Mittleren Osten selbst oder von außerhalb dazu in der Lage, diese Region allein zu kontrollieren. Infolgedessen müssen die USA nicht viel tun, um ein regionales Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Anstatt Saudi-Arabien oder Israel einen Blankoscheck für einen Krieg gegen den Iran auszustellen, sollte sich Washington um vernünftige Beziehungen zu allen Staaten in dieser Region bemühen – auch zum Iran.

Eine auf Ausgleich bedachte Zusammenarbeit mit dem Iran, würde auch die Lösung von Problemen in Afghanistan erleichtern, die sowohl den Iran als auch die USA betreffen. Die Aussicht auf bessere Beziehungen zu den USA wäre für Teheran sicher ein Ansporn, zurückhaltender zu agieren. Frühere Versuche der USA, das klerikale Regime zu isolieren, haben es nur zu heftigerem Widerstand ermutigt, der ihm sogar einige Erfolge eingebracht hat.

Diese Herangehensweise würde auch den US-Verbündeten deutlich machen, dass sie nicht in jedem Fall mit der Unterstützung der USA rechnen können und sich deshalb zurückhalten müssen. Die gegenwärtigen US-Verbündeten in der Region und ihre Lobbys in den USA würden sicher ganz bestimmt heftig protestieren, wenn sie wegen einer Annäherung der USA an den Iran nicht mehr auf eine rückhaltlose Unterstützung Washingtons zählen könnten. Das wäre aber ihr Problem, und nicht das der USA. Eine rückhaltlose Unterstützung der USA ermuntert Verbündete nur dazu, sich rücksichtslos zu benehmen – wie Israel mit seiner illegalen Siedlungspolitik und Saudi-Arabien mit seinem Krieg gegen den Jemen, seinen diplomatischen Querelen mit Katar (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Katar-Krise_2017) und seinem Einmischungsversuch im Libanon (weitere Infos dazu s. unter <http://www.zeit.de/2017/47/libanon-saudi-arabien-iran-nahost-mohammed-schattah-saad-hariri>). Wenn die US-Verbündeten zur Kenntnis nehmen müssten, dass Washington mit allen (Staaten im Mittleren Osten) auskommen will, müssten auch sie sich zusammenreißen, um die Unterstützung der USA nicht ganz zu verlieren. Die USA bekämen also viel mehr Optionen, als sie jetzt haben.

Um das Gleichgewicht der Kräfte im Mittleren Osten zu erhalten, muss Washington seine gegenwärtigen Verbündeten nicht vor den Kopf zu stoßen und nur noch auf Teheran setzen. Es geht eher darum, dafür zu sorgen, dass der gegenwärtige Zustand erhalten bleibt; bestehende Probleme sollten so gelöst werden, dass kein Staat dabei die Vorherrschaft erringt. Ein Absenken der Spannungen würde den Zugang zum Öl erhalten, den Wunsch nach Massenvernichtungswaffen dämpfen und die Staaten dazu bringen, die Unterstützung von Extremisten und ausländischen Gruppierungen einzustellen.

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich, dass die Trump-Regierung ihre Bemühungen zur Verhinderung einer Vormachtstellung des Irans eigentlich einstellen müsste. Es ist

zwar nicht zu erwarten, dass sie diese Ratschläge beherzigen wird. Und wenn diese Vermutung zutrifft, wird Trumps Politik für den Mittleren Osten genau so erfolglos bleiben, wie die Politik Bill Clintons, George W. Bushs und Barack Obamas war. Sie wird nur ein weiterer kostspieliger Fehlschlag werden.

Stephen M. Walt (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Stephen_M._Walt) ist Professor am Robert und Renée Belfer Center für internationale Angelegenheiten (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Belfer_Center_for_Science_and_International_Affairs) der Harvard University.

(Wir haben diesen kühl abwägenden Artikel komplett übersetzt und mir Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

FP.

The Islamic Republic of Hysteria

The Trump administration's Middle East strategy revolves around a threat that doesn't exist.

By Stephen M. Walt
January 16, 2018

To the extent the Trump administration has a discernible Middle East strategy, it is to contain and confront Iran. Secretary of State Rex Tillerson, Secretary of Defense James Mattis, U.N. Ambassador Nikki Haley, and President Donald Trump himself have all denounced Iran's regional activities. (In February, after Iranian ballistic missile tests, Trump tweeted that the country was "playing with fire.") In October, the White House announced that moving forward, the official U.S. policy is aimed at "neutralizing Iran's destabilizing influence and constraining its aggression."

Trump and his aides appear to have embraced the view that Iran is a potential hegemon poised to dominate the Middle East — and specifically to control the oil-rich Persian Gulf. This logic helps make sense of Trump's unswerving support for Saudi Arabia, including his endorsements (both tacit and explicit) of the political shake-ups organized by Crown Prince Mohammed bin Salman at home and his apparent efforts to interfere in Lebanon's internal politics. It also explains Trump's refusal to recertify the Iran nuclear deal in October.

Yet this ongoing full-court press against Iran makes little sense because it is nowhere close to being a regional hegemon. If anything, the willingness of pundits and politicians to embrace this alarmist fantasy says more about the cavalier nature of U.S. strategic discourse than it does about the actual challenge Iran may pose.

Iran presently lacks the hard power a state would need to dominate the Middle East's vast and deeply divided set of countries. According to the International Institute for Strategic Studies, Iran has a population of about 83 million; as of 2016, its GDP was more than \$400 billion; and its annual defense budget is almost \$16 billion. Its total military manpower (including the Islamic Revolutionary Guard Corps, or IRGC) consists of about 520,000 troops, of which many are poorly trained draftees. Many of its tanks, aircraft, and other major weapons systems date from the era of Shah Mohammed Reza Pahlavi and are in poor repair. As veteran defense analyst Anthony Cordesman concluded in 2010, "Iran's conventional

military is severely limited, relying heavily on obsolescent and low quality weaponry.... Its forces are not organized or trained to project significant power across the Gulf.”

By contrast, Egypt, Israel, Saudi Arabia, Jordan, and the United Arab Emirates have a combined population of well over 100 million and a combined GDP of more than \$1 trillion — about quadruple that of Iran. Their combined defense spending is at least five times greater than Iran’s. These states possess some of the most sophisticated weapons money can buy, including Abrams battle tanks and F-15 aircraft, and Israel has nuclear weapons. In the unlikely event Iran ever attacked them, they could also count on support from the mighty United States. Given the far more powerful forces arrayed against Iran, to claim it is on the brink of regional hegemony defies reason.

When confronted with these realities, Iran’s foes typically warn that it is using local proxies to spread its influence and take over the region. There is no question that Iran has backed a number of local actors in recent years, including the Lebanese Hezbollah, Syrian President Bashar al-Assad, various militias in Iraq, and, to a lesser extent, the Houthis in Yemen. These moves have marginally enhanced Iran’s power — but mostly because it has been able to take advantage of its opponents’ blunders, such as the George W. Bush administration’s decision to topple Saddam Hussein. But these advances still leave Tehran far short of regional domination.

For one thing, Iran does not control these groups any more than the United States controls its own Middle East clients. Each of these actors has its own interests, and Tehran’s present allies will not blindly follow its orders if doing so would jeopardize their own positions. To see these collaborations as a new Persian empire, as Henry Kissinger and Max Boot apparently do, is risible.

Furthermore, many of Iran’s principal partners have all suffered significant setbacks in recent years, forcing the country to expend additional resources to prop them up. Support from the IRGC helped keep Assad in power, for example, but Syria is now a shattered state and thus not much of an ally. Far from creating an ever-expanding, increasingly powerful Iranian empire, Tehran’s support for these various groups has drained its coffers and brought Israel and the Gulf Arabs into tacit alignment, thereby undermining its overall position.

Alarmist views about Iranian ambitions also ignore other significant obstacles the country would face if it sought to dominate the region. Iran’s population is predominantly Shiite, but Sunni Muslims are far more numerous and control the region’s other important countries. Picking fights with Sunni-dominated countries deepens the divide between the two main branches of Islam and makes it harder for Tehran to gain influence with its neighbors. Iran is also predominantly ethnically Persian, not Arab, and no Arab country would support Persian suzerainty over the region.

Iran hawks, including generals in Trump’s inner circle, also remember the role of Iranian-backed insurgents in the deaths of U.S. soldiers in Iraq. Their anger is understandable. But so was Iran’s behavior. Over the past 20-plus years, Washington has imposed punishing economic sanctions on Iran, attacked it with cyberweapons, and funded anti-regime opposition groups. When the United States toppled Saddam in 2003, neoconservatives inside and outside the Bush administration made it clear that the ayatollahs were next on their hit list. Under the circumstances, Iran was bound to do whatever it could to thwart that aim. Did we seriously expect Iran’s leaders to sit idle as the most powerful country in the world prepared to overthrow them?

Fortunately, no state inside or outside the Middle East was then — or is today — in a position to control it. As a result, the United States does not have to do much to maintain a regional balance of power. Instead of giving Saudi Arabia or Israel a blank check to counter some mythical Iranian hegemon, Washington should seek more balanced relations with all states in the region, Iran included.

This more equitable approach would facilitate cooperation on issues where U.S. and Iranian interests align, such as Afghanistan. The prospect of better relations with the United States would give Tehran an incentive to moderate its behavior. Past U.S. efforts to isolate the clerical regime encouraged it to play a spoiler's role instead, with some degree of success.

This approach would also discourage America's present allies from taking U.S. support for granted and encourage them to do more to retain its favor. America's current regional allies (and their domestic lobbies) would surely protest vehemently if Washington stopped backing them to the hilt and sought even a modest détente with Iran. But that is ultimately their problem, not America's. Excessive U.S. support encourages allies to behave recklessly, as Israel does when it expands illegal settlements and as Saudi Arabia is doing with its military campaign in Yemen, its diplomatic squabble with Qatar, and its bungled attempt to reshape politics inside Lebanon. If U.S. allies understood that Washington was talking to everyone, however, they would have more reason to listen to America's advice lest it curtail its support and look elsewhere. Having many options is the ultimate source of leverage.

Playing balance-of-power politics in the Middle East does not require Washington to abandon its current allies completely or tilt toward Tehran. Rather, it means using U.S. power to maintain a rough balance, discourage overt efforts to alter the status quo, and prevent any state from dominating the region while helping local powers resolve their differences. Lowering the temperature in this way would safeguard access to oil, dampen desire in the region for weapons of mass destruction, and give these states less reason to fund extremists and other proxies.

The bottom line is that an all-out campaign to counter an Iranian hegemon is unnecessary. Unfortunately, there is little reason to think the Trump administration will recognize this and adopt the sensible course outlined here. If it doesn't, Trump's Middle East policy will be about as successful as Bill Clinton's, Bush's, and Barack Obama's. Which is to say that it will be another costly failure.

Stephen M. Walt is the Robert and Renée Belfer professor of international relations at Harvard University.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern